

Grüne kritisieren Verfahren zur Autohof-Ansiedlung in Evendorf

War die Ansiedlung eines ARC-Autohofes in Evendorf unumgänglich? Die Grünen fordern eine genaue Überprüfung

Egestorf. Das Verfahren zur Ansiedlung eines Autohofes in Evendorf werfe immer mehr Fragen auf – das schreibt Grünen-Ratsmitglied Ingo Rieckmann aus Döhle jetzt in einer Pressemitteilung der Grünen in der Gemeinde Egestorf. Zuvor war die Ansiedlung eines ARC-Autohofes im Egestorfer Gemeinderat beschlossen worden. „Laut Egestorfer CDU ist diese Entscheidung unumgänglich, da nur wenig Spielraum für eine Veränderungssperre bestehe. Diese war in einer früheren öffentlichen Sitzung vom Rat einstimmig beschlossen worden, wurde aus juristischen Gründen nun verworfen“, heißt es vonseiten der Grünen. „In diese schlechte Ausgangslage hat uns unser Bürgermeister Marko Schreiber (CDU) gebracht“, bemängelt Rieckmann. So seien in der Vergangenheit mindestens zwei Chancen vertan worden, das Wohl der Gemeinde in den Mittelpunkt zu stellen.

„Im Jahr 2014 wurde ein Vertrag mit Flying J, dem damaligen Eigentümer der Autohoffläche, gekündigt. Weder zu die-

sem noch zu einem späteren Zeitpunkt wurden der Egestorfer Rat und seine Bürger über diese wichtige Veränderung auf der Fläche informiert“, schreibt Ingo Rieckmann. Dabei sei die erste Möglichkeit verpasst worden, unabhängig über die Fläche Thaneberg nachzudenken. „Aufgrund des damit offenkundig gewordenen mangelnden Interesses des Eigentümers, wären alle Möglichkeiten denkbar gewesen. Sogar ein Rückkauf der Fläche.“

Stattdessen habe es immer wieder Kontakte mit Investoren gegeben, so Rieckmann. Auch dabei sei nicht erkannt worden, dass die veränderte Lage neue gestalterische Möglichkeiten eröffne. „Zum aktuellen Eigentümer der Fläche am Thaneberg bestand spätestens seit 2017 Kontakt, als dieser sich beim Gemeinderat vorstellte. Schon zu diesem Zeitpunkt standen sowohl die Grünen als auch weite Teile der Opposition diesem Projekt kritisch gegenüber. Dies hielt den Bürgermeister offenbar nicht ab, sich im August 2018 erneut mit der ARC/Nanz-Gruppe zu treffen, ohne den Rat umfänglich darüber zu informieren“, so heißt es in der Pressemitteilung.

Selbst in einem Gespräch mit den Vertretern der vier im Rat vertretenen Parteien im November 2018 sei dieses Gespräch kein Thema gewesen. Erst in diesem Jahr sei durch eine Mail des Bürgermeisters an die Ratsmitglieder klar gewor-



Grünen-Ratsmitglied Ingo Rieckmann aus Döhle

Foto: po

den, dass es sich bei dem Bewerber von 2017 und 2018 um denselben handele. „Doch erst fünf Tage nach dem Notartermin der ARC wurde der Rat detaillierter über den neuen Investor informiert, wodurch ein rechtlicher Gestaltungsspielraum nahezu unmöglich wurde.“

Unglücklicher Zufall oder böse Absicht?

Den Bürgern und dem Rat der Gemeinde sei so wiederholt die Chance genommen worden zu reagieren. „War dies nun ein unglücklicher Zufall, Versagen oder ein kalkuliertes Vorgehen

und eine böse Absicht? Als langjähriges Ratsmitglied kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich dabei nicht um ein Versehen handelt, sondern der Rat und die Bürger der Gemeinde bewusst nicht informiert wurden, um den Handlungsspielraum für die Opposition und dem Projekt kritisch gegenüberstehenden Bürgern zu verringern. Über genaue Motive des Bürgermeisters kann nur spekuliert werden“, so Rieckmann.

Angela Sanchez, die stellvertretende Vorsitzende des Grünen-Ortsverbandes Salzhaußen-Hanstedt, schließt sich ihm

an: „Eine Gemeinde sollte immer für die Bürger und nicht vorrangig für Investoren denken. Was in Egestorf gelaufen ist, ist eine massive Zuwiderhandlung gegen demokratische Prinzipien. Chancen für eine nachhaltige Entwicklung wurden verspielt.“

Ingo Rieckmann stellt Antrag auf Überprüfung

Festzustellen sei, so die Grünen, dass die Egestorfer CDU/FDP-Fraktion zum zweiten Mal in rücksichtsloser Weise zugunsten eines Autohofes und gegen die Belange der Döhler und Evendorfer Bürger gehandelt habe. Das Instrument einer Veränderungssperre hätte dem Rat eine stärkere Position bei den anstehenden Verhandlungen und Planungen über eine Anpassung des B-Planes verschafft, so Rieckmann. „Dass diese nicht mehr rechtsicher nutzbar ist, haben wir allein der CDU/FDP-Mehrheit zu verdanken. Aus diesem Grund ist es dringend notwendig, die ganzen Geschehnisse einer genauen Prüfung zu unterziehen und die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft zu ziehen.“ Ingo Rieckmann stellt daher einen Antrag auf Überprüfung bei der Kommunalaufsichtsbehörde. „Dieser Schritt wird als notwendig erachtet, um für Klarheit zu sorgen und um ein solches Vorgehen für die Zukunft zu unterbinden – das schadet unserer Demokratie“, erklärte Rieckmann. *mhe*